

DS-Nr. DS-255/21-26 1. Ergänzung

**Transparentes und partizipatorisches Verfahren zur Namensfindung der Großsporthalle**  
Bezug: Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR  
vom 08.04.2019 – Antrag Nr. 41

**Beschluss des Kultur-, Schul- und Sportausschusses vom 21.09.2022**

Der Kultur-, Schul- und Sportausschuss berät den Antrag.

Herr Stv. Walczuch fragt nach den Kosten.

Die Verwaltung erläutert die Maßnahmen nach der Umbenennung in Großsporthalle wie der Austausch von Schildern im Stadtbild. Diese Kosten wurden dem Grobkostenrahmen zu Grunde gelegt.

Frau Rohark stellt den Antrag, dass Punkt 3 gestrichen wird.

Frau Kropp schlägt eine Rückstellung und erneute Beratung vor.

Frau Rohark stimmt einem Antrag auf Rückstellung zu.

Herr Vorsitzender Kleinböhl schlägt vor, dass das Wort in Punkt 3 von „erledigt“ durch „zurückgestellt, bis ein neues Verfahren aufgelegt wird“ verändert wird.

Herr Stv. Hauff schlägt vor, dass stattdessen Punkt 3 sich verändern soll in: „... soll vorerst nicht weiterverfolgt werden.“

**Beschlussvorschlag:**

**Kenntnisnahme**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass die Kosten für eine Umbenennung der Großsporthalle auf rund 35.000 Euro beziffert werden, denen keine Einnahmen gegenüberstehen
2. dass, aufgrund seltener überregionaler und fehlender außersportlicher Veranstaltungen die Attraktivität der Großsporthalle für einen Sponsor / eine Sponsorin nicht hoch genug eingeschätzt wird, um die Namensrechte zu einem angemessenen Preis veräußern zu können.

**Beschlusstext**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. aufgrund der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Rüsselsheim einen Namensgebungsprozess für die Großsporthalle vorerst nicht weiter zu verfolgen.
2. den Namen „Großsporthalle“ beizubehalten.
3. den Antrag Nr. 41 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 08.04.2019 als erledigt anzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Der Kultur-, Schul- und Sportausschuss beschließt, dass sich Punkt 3 von „als erledigt angesehen“ geändert wird in: „... soll vorerst nicht weiterverfolgt werden.“ Und beschließt den Beschlussvorschlag in der geänderten Form einstimmig mit 13 Ja-Stimmen.

Rüsselsheim am Main, den 21.09.2022